

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Dautenheime & Vogler, G. L. Dauten, J. W. Dauten, Berlin, Bernh. Wirtz, Mar. Gerstmann, Elberfeld W. Thiemens, Greifswald G. Jülich, Halle a. S. Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 3. Dezember. Deutscher Reichstag. 139. Plenar-Sitzung vom 3. Dezember, 1 Uhr.

Die Generaldebatte über den Etat wird fortgesetzt.
Abg. Liebknecht kommt nochmals auf die „Itis“-Angelegenheit zurück. Sein Genosse Schwarz habe keineswegs die Mannschaften wegen des Hochrufs auf den Kaiser getadelt, wie man demselben nachgesagt habe, sondern nur sich dagegen gewandt, daß man die Mannschaften dazu in einem Augenblicke kommandiert haben sollte, wo man auf Verordnungsverträge hätte bedacht sein müssen. Der Vorwurf von Schwarz habe sich also gegen den Kapitän gerichtet. Wenn der Marinechef Hollmann gesagt habe, wer den Kaiser vor Augen habe, habe Gott vor Augen, so überlasse er es denen, die auf kirchlichem Boden stehen, sich darüber mit Herrn Hollmann auseinanderzusetzen. Daß Arbeiter sehr heldenhaft sein könnten, das wisse er selbst ganz genau, so namentlich auch von den Arbeitern in den Bergwerken. (Präs. v. Bülow: Jetzt fängt aber der Redner an, die Mannschaften herabzuwürdigen! Nurhe links, Redner fort!) Das soll eine Herabwürdigung sein, wenn ich selbst davon spreche, wie heldenmüthig Arbeiter sein können? Mit der ganzen Debatte gegen Schwarz will man offenbar nur die Aufmerksamkeit von dem wirklichen Schuldigen ablenken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja bekannt, daß das Schiff schon seit Jahren nicht mehr festlich war. Ebenso kam ja auch bei dem Untergange des „Großen Kurfürsten“ auf ganz stiller See der Attentatsfall. Redner kommt sodann auf den Streik in Hamburg zu sprechen und weist die namentlich von den „Hamb. Nachr.“, dem Organ des alten Reichstagslers und des Landesparlaments, aufgestellte Infimierung, daß der Streik von englischen Arbeitern veranlaßt sei, als frivole Verleumdung zurück. Der Streik sei nicht einmal durch deutsche Sozialdemokraten veranlaßt, sondern lediglich aus den Verhältnissen heraus entstanden. Die armen Arbeiter wollten aus etwas von den Profiteuren vom Tische der reichen Arbeiter haben. Redner erinnert dabei daran, wie zur Cholerazeit in Hamburg sich gerade die Arbeiterchaft im Interesse des Gemeinwohls aufgeopfert habe, im Gegenzug zu den reichen Konsumten. Wenn man zur Zeit des englischen Arbeiterstreiks den deutschen Kapitalisten nachgeschaut hätte, sie unterstützen den Streik im Interesse des westfälischen Kohlenbergbaues, so würden unsere Kapitalisten das sicher als lächerlich bezeichnet haben. Ebenso sei es aber auch eine Lächerlichkeit, jetzt den Engländern zu etwas vorgeworfen. Wie jede Revolution durch die Regierungen hervorgerufen werde, so jeder Streik durch den Widerstand der Unternehmer auch gegen die berechtigten Arbeiterforderungen. Wie bei uns für die Arbeiter gefordert werde, so bei uns an der Volksschule und an der Hebe gegen die Konsumvereine. Erstens müsse man heutzutage, wenn man noch immer das Märchen höre, unser Volksschulwesen sei besser als im Auslande; das sächsische Vorgehen gegen die Konsumvereine werde ja sogar von einem Antisemiten wie Zimmermann verteidigt, der doch selber früher in Hefen Bauernkonsumvereine gegründet habe. Das kennzeichne zu recht die Unwahrscheinlichkeit der Antisemiten. Beim Militärstreik preist Redner das Militärwesen an, welches solche Mißstände ausschließe, wie sie bei uns herrschen. Selbst angesichts eines solches Mißstandes sollten wir nicht einmal eine gründliche Reform des Militärstrafprozesses bekommen. In England könne man überhaupt nur ein einziges Strafrecht und Strafgesetz und mache keinen Unterschied zwischen Militär und Zivil. Wer dort auf Volk schielt, wird nach dem bürgerlichen Recht abgeurtheilt und kann sich nicht auf Subordination berufen. Wenn man jetzt bei uns gar noch mit 10 übertriebenen Forderungen für die Marine komme, so gebe er zu bedenken, daß wir doch unmöglich eine Flotte schaffen könnten, die einem etwaigen Kriege mit zwei Fronten, gegen Rußland und Frankreich, gewachsen wäre. Eine Umkehr von diesem Wege müsse doch endlich einmal kommen. Das jetzige System sehe ja fast so aus, als dächten unsere Regierenden: après vous le déluge! Der Reichstag sei ja nicht einmal im eigenen Hause Herr. Nichts niemals habe ein Präsident gewagt, sein Disziplinargewalt gegenüber den Herren am Bundesrathstische auszuüben. In Deutschland haben wir ein gewisses A, über welches nicht gesprochen werden darf. Ich möchte wohl wissen, wer in England einem Abgeordneten dergleichen verbieten wollte! Dabei weiß Niemand, was das A vielleicht morgen sein wird, — und gerade darin liegt das Bedenken. In England, wenn das Parlament etwas gegen die Regierung beschließt, hat die Regierung zu gehorchen, in Deutschland — hat der Reichstag zu gehorchen. In England steht die Krone außerhalb der Politik, in Deutschland aber — man weiß ja doch, von wem eigentlich die unerlösten Pläne herrühren, man kennt auch die Angriffe auf die Sozialdemokraten, die größte Partei im Reich. Und da soll man nicht antworten dürfen? Das sind Zustände, die das Reichstages unwürdig sind. Präsident v. Bülow ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.
Abg. Liebknecht: Wenn die Zustände so liegen, soll ich sie nicht als unwürdig kennzeichnen dürfen? Wir werden unserem Gebrauch treu bleiben, keinen Mann, keinen Großen, weder für Militarismus, noch Marismus! Unsere Parole lautet: Für das deutsche Volk, seine Freiheit, und die internationale Sozialdemokratie.
Staatssekretär v. Büttcher: Den Vorredner beschreiben zu wollen, würde ja doch fruchtlos sein. Ich habe die Uebersetzung, die Sozialdemokratie wird nicht mehr weiter anwachsen, wenn alle Anderen im Kampfe gegen sie zusammenstehen. An einen Verfassungsbruch denkt keine Regierung, ebenso wenig an eine Reichstagsauflösung. Das sind nur Phantome. Nur einen Punkt will ich vor dem Lande klarstellen. Wenn es eine Arbeitsvermittlung gegeben hat, die unbegründet war, so ist es die jetzige der Stauer in Hamburg und der übrigen mit ihnen assoziierten Arbeiter. Die Lebensbedingungen der Stauer sind solche, daß sich Laufende nach ihnen sehen würden. (Beif. Widerspruch und Beifall.) Die Stauer ver-

langen statt bisher 4 Mk. 20 Pf. fortan 5 Mk. Welche binnentländischen Arbeiter haben 4 Mk. 20 Pf. Lohn? Die Arbeiter erklärten sich bereit, 4 Mk. 50 Pf. zu geben. Das genügt den Stauern nicht. Die Reiter dieser sonst haben Arbeiterklasse reden zu, den Bogen nicht zu überspannen, trotzdem wird von einer Versammlung das Gebot abgelehnt. Ob irgendwelche englischen Geld am Entschicken des Streiks beteiligt ist, das weiß ich nicht. Aber jedenfalls hat der englische Agitator Tom Man für den Streik agitiert. Und die Sozialdemokratie soll nicht dabei beteiligt sein? Was sagen die Abg. v. Elm, Legien, Mollenhuth dazu? Was haben diese Herren in Hamburg zu thun, statt hier zu sein? Und Herr v. Elm hat sich sogar in einen Schuppen der Packfahrts-Gesellschaft eingeschlichen, um die Arbeiter dabeist zu harangieren. Sind sich die Führer denn auch der Folgen bewußt für die Arbeiter angesichts des Winters? Was soll aus den Arbeitern werden? Die Arbeiter halten es länger aus. In Bremen ist der Streik gestern belagert auf Grund der ursprünglichen Propositionen der Arbeiter. Wer entschädigt die Arbeiter für den gebannten Ausfall? Was den Hamburger Streik betrifft, so muß Jeder, der es mit den Arbeitern und der Ruhe und Ordnung im Lande gut meint, sein baldiges Ende wünschen.
Staatssekretär v. Büttcher: Herr Liebknecht hat mir vorgeworfen, nicht verstanden zu haben, daß sich ein unbrauchbares, nicht mehr seetüchtiges Schiff auf dem Meere herumtreibt. (Widerpruch links.) Der Sinn lag jedenfalls in den Worten des Vorredners. Ich übernehme durchaus alle Verantwortlichkeit. Wir sind aber nicht so leichtsinnig, wie Vorredner es uns zuschreibt, wir lassen über jedes Schiff alle Jahre Bericht einfordern über die Seetüchtigkeit. Der letzte Bericht des Kommandanten des „Itis“ erklärt für das Schiff eine vorläufig noch 24jährige Indiensthaltung unzulässig. Der Herr Schwarz ist kein Seemann nach meinem Geschmack. Aber wie kann er sagen, der Kommandant hätte lieber Rettungsmaßnahmen anordnen sollen. Ja, es war eben keine Rettung möglich, die Maßnahme gegen den Kommandanten ist also eine völlig grundlose. Redner kommt sodann noch auf sein neulichs Wort zurück, um es zu erläutern. Die jungen Leute würden in die Marine eingeführt durch eine erhebende kirchliche Feier, in welcher sie — in Anwesenheit des Kaisers, der jedesmal extra dazu hinreife — zu Gott dem Kaiser den Eid der Treue schwören. Die Feier sei eine so ernste, erhebende, daß wohl Jeder in einer so ersten Stunde, in solcher Lage, wie die, in der sich die Mannschaften des „Itis“ befanden, an sie zurückfiele. Und aus diesem Gefühl heraus würden sie zu Gott hingezogen. Nichts Anderes habe er sagen wollen, wenn er sich auch vielleicht ungeschickt ausgedrückt haben möge. Erstaunt sei er über die Angriffe, die man dierher gegen ihn gerichtet habe, namentlich in einer gewissen Presse, die wohl weder gewillt sei, Gott zu geben, was Gottes ist, noch dem Kaiser, was des Kaisers ist.
Abg. v. Elm in verächtlich, auf dem Boden des sozialpolitischen Kaiserlichen Erlasses zu stehen, der aber durch den früheren Handelsminister in einer Weise gedeutet worden sei, die er nicht für richtig halten könne. Der Hamburger Streik sei von langer Hand vorbereitet worden. Das englische Geschäft in Hamburg, Bremen, Belgien seit Jahren aufgeweckt haben, sei in allen Zeitungen zu lesen gewesen. Aber daß englische Unternehmer dabei beteiligt seien, das glaube er allerdings nicht. Vielmehr seien es sozialdemokratische Agitationen, um die es sich dabei handle. Für die Sozialdemokratie sei die Sache lediglich Machfrage.
Abg. Schwerin-Löwisch wagt gegenüber dem Abg. Richter den Bauwirtschaftskammern das Recht, Erhebungen über Preisnotierungen zu veranlassen. Damit werde nur der berechtigte Zweck verfolgt, die Preise unabhängig von der Börse zu gestalten.
Abg. Richter bleibt dabei, es handle sich hier um ganz einseitige Preisermittlungen zum Zwecke der Preisfreiheit. Und genau derselben Ansicht seien die Intendanturen in Stettin, Halle u. s. w., wie aus amtlichen Schreiben derselben hervorgehe.
Abg. Auer: Die heutige Rede des Ministers v. Büttcher bekräftigt nur, daß die Regierung sozialpolitisch zu den Traditionen Bismarcks zurückgekehrt ist. Das überrascht uns freilich nicht. Was speziell den Hamburger Streik anlangt, so find wir ja daran gewöhnt, daß kein Lohnstreik von Jhnen als berechtigt anerkannt wird. Ich will nicht davon reden, ob es richtig sei, wenn man sich selber in so gesicherter Lebensstellung befindet, wie der Herr Minister, dann es als unberechtigt zu bezeichnen, wenn Arbeiter nach einem etwas höheren Lohn streben. Aber fragen muß ich ihn, ob er denn nicht weiß, daß bei der Gegenwart der Hafenarbeit die Arbeiter oft Tage lang ohne Arbeit und Lohn sind, wenn beispielsweise die Schiffe nicht bis Hamburg hinaus kommen. Und wie kann der Minister den Anschein einer besonders guten Lage der Hafenarbeiter erwecken, während es Thatsache ist, daß die Arbeiter in der Regel nicht über 8-900 Mark hinauskommen. (Hört! Hört!) Die Arbeiterverhältnisse haben sich seit dem Zollanstoß noch verschlechtert, denn die Enttarnung vom Hafen nach der Stadt legt den Arbeitern eine doppelte Wirthschaft auf, auch sind die Mieten seitdem gestiegen. Wenn von solcher autoritativen Seite solche Erklärungen abgegeben werden, dann hat der, der dies thut, die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, ein objektives Bild zu geben und kein einseitiges. In Hamburg ist man in weiten Kreisen denn auch der Meinung, daß die Forderung höheren Lohnes eine berechtigte ist. Nicht die Sozialdemokraten haben den Streik angezettelt, sondern dieser ist natürlich aus den Verhältnissen heraus entstanden. Der Herr Staatssekretär hat ja auch zugestanden, daß die Führer zum Streik riefen, aber niedergekniet wurden. Und daraus kann auch Herr von Stumm etwas ersuchen, das nämlich, daß mit einem unorganisierten Dausen viel schlechter zu reden ist, als mit einem organisierten, der Führer hat und ihnen vertraut. Daß die Leute in Hamburg trotz Zurechtsozialistischer Führer nicht 4,50 Mark annahmen, sondern 5 Mark verlangten, das find die Folgen ihres des Stummischen Sozialismus! Ich konstatire das ausdrücklich nochmals, daß

Herr von Büttcher selbst zugab, die Ablehnung des Gebots von 4,50 Mark erfolgte im Widerspruch gegen die Führerschaft! Nun spricht man von englischen Millionen. Und darüber, sagt der Herr Staatssekretär, wolle er nicht urtheilen, weil er nicht unterrichtet sei. Nicht unterrichtet? Ja, wozu haben Sie denn Ihre Konjunktur (Beifall und Heiterkeit.) Der alte Reichstagsler freilich spricht von englischen Einflüssen. Aber man sucht ja Niemanden hinter dem Ofen, wenn man nicht selber dahinter gesteckt hat. Tom Man hat selber über den Ausbruch des Streiks geschimpft. Der Staatssekretär fragt, wenn die Sozialdemokratie nichts mit dem Streik in Hamburg zu thun hat, weshalb alsdann Legien, Mollenhuth, v. Elm jetzt in Hamburg seien. Ja, weiß er denn nicht, daß alle drei ihren Wohnsitz in Hamburg haben, ferner daß der Reichstagsler nach Hamburg kam, um die Arbeiter zu harangieren. Nachmann hat sich direkt an v. Elm gewandt hat, und daß Mollenhuth Abgeordneter des ersten Hamburger Wahlkreises ist? Wie ununterrichtet ist da wieder der Herr Staatssekretär! Weiß er ferner nicht, daß die sozialdemokratischen Führer das laute Angebot des Senators Nachmann, das Schiedsgericht, angenommen haben? Und wenn der Staatssekretär da fragt: was soll aus den Arbeitern werden? da sollte sich der Staatssekretär lieber wenden an die Arbeitgeber-Bereinigung, die das Schiedsgericht abgelehnt haben, um die Arbeiter mürbe zu machen. Sie spekuliren auf Geld, Hunger und Noth der Arbeiter, aber diese werden unterstützt werden durch die Arbeiterchaft der ganzen Welt. Freilich nicht durch die Bourgeois-Söhne, die nur nach Hamburg gehen, um sich in gewisser Weise zu amüsiren, nachdem sie vorher dem Reichstagsler eine Biste abgeliefert haben. (Beifall.) Man weiß ja, wozu sie gehen (Heiterkeit), auf die Schiffe gehen sie nicht!
Staatssekretär v. Büttcher: Vorredner bemängelt meine Informationen, hat aber seine eigenen Lohnangaben nicht bewiesen. Meine Informationen sind amtliche. Auch in einer Mitteilung der „Nat.-Ztg.“ heute wird der Jahreslohn auf 1155 Mark angegeben (lebhaftes Aufstöhnen: „in besonders günstigen Jahren“). Neun allgemein auf 1155 Mark, und da ist doch meine Meinung richtig, daß das ein Lohn ist, wie er sonst in Deutschland eben zu den hohen gerechnet wird. Nun macht man den Arbeitgebern zum Vorwurf, daß sie das Schiedsgericht ablehnen. Aber ein Grund für die Ablehnung ist, daß den Arbeitgebern im Schiedsgericht nicht eine entsprechende Vertretung eingeräumt ist; und ein zweiter Grund ist vielleicht, daß unter den Schiedsrichtern drei Reichstagsabgeordnete sind, und daß man vielleicht diese ihren vaterländischen Arbeiten nicht hat entziehen wollen. (Gelächter links.) Ob englische Einflüsse mitwirken, darüber, so sagte ich, sei ich nicht unterrichtet. Und ich brauche auch darüber nicht unterrichtet zu sein. Daß ein Verdict in dieser Beziehung besteht, zeigt doch die Ausweisung des Tom Man. Wenn dieser über den Streik geschimpft hat, ja — der Streik kam ihm wohl zu früh!
Hamb. Bevollm. K. L. Graumann: Die bürgerliche Regierung hat sich jeder Einmischung enthalten, sie bedauert aber um so mehr, daß die Sache hier zur Sprache gebracht worden ist, zuerst von den sozialdemokratischen Herren. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Tom Man hat jedenfalls vom Streik ausgeht, in den Arbeitern falsche Vorstellungen erweckt, als würde ihnen vom Auslande Hilfe kommen. Seine Ausweisung war also gerechtfertigt. Bei dem Streik handelt es sich nicht allein um die Lohnverhältnisse. Aber wenn sie 8-900 Mark als Regel hinstellen, so kann ich Ihnen Angaben darüber machen, welche zuverlässiger sind, als die eines Zeitungsdreiebers. Nach den amtlichen Aufzeichnungen der betreffenden Berufsvereinigungen betragen die Löhne einer Reihe von Stauern unter 800 bis nahe an 1800 Mark. Die Leute sind nur aufgereizt, und hinterher wollen Sie es nicht gehen haben! Geschimpft haben Sie, Herr Liebknecht hat sich hier ausgelassen! Man sollte lieber alles Mögliche thun, um die Sache in Freundschaft beizulegen.
Abg. Liebknecht befreit vor Allem, daß die Zusammenkunft des Schiedsgerichtes ungünstig für die Arbeitgeber gewesen sei. Die Thatsache steht fest, daß diese das Schiedsgericht abgelehnt, die Arbeiter dagegen es acceptirt hätten. Die von dem Staatssekretär erwähnte Mitteilung, die aus dem „Hamb. Echo“ stamme, berechne einen Lohn von 1155 Mark nur für „besonders günstige Jahre“. Tom Man sei thätigst vom Streik überführt gewesen. Und wie könne der Sozialdemokrat halten hier von der Sache angefangen. Herr Baasche habe doch gestern das gesagt, und in einer Weise, daß es für seine Feinde ehrenschmeichelhaft gewesen sei, näher auf den Streik einzugehen.
Abg. v. Schwerin-Löwisch entgegnet kurz auf die Ausführungen Richters.
Abg. Mollenhuth legt dar, die meisten Schauerleute seien nicht davor, wie die von dem hantelischen Bevollmächtigten vorgeschritten 15 Mann, in der Lage, im ganzen Jahre Arbeit zu haben, sie seien vielmehr längere Zeit arbeitslos. Der Lohn verringere sich überdies durch vier, bei gleichzeitiger Nacharbeit sogar facheimale Zahlung von 10 Pf. Fährgebot pro Tag. Als das Geschäft schlechter ging, hätten die Stauerbaase den Lohn herabgesetzt, und da sei es natürlich, daß die Stauer jetzt, wo wieder mehr zu thun sei, wieder auf Lohnherabsetzung dringen. Von Hege von außen sei nicht die Rede. Die Zusammenkunft des Schiedsgerichtes sei nicht etwa von den Arbeitern vorgeschlagen, sondern von dem Senator Nachmann selber. Nicht auf die Arbeiter werde ein Parteilichismus ausgeübt, vielmehr von den Kapitalisten-Vereinigungen auf den einzelnen Unternehmer. Er selbst sei telegraphisch ersucht worden, zu vermitteln, und das habe er gethan im Interesse des Friedens. Der gestrige Tag habe gezeigt, daß die Unternehmer es seien, die den Frieden nicht wollten.
Nach einer Bemerkung Richters gegen von Schwerin schließt die Debatte und die üblichen Theile des Stats gehen an die Budgetkommission.
Darauf verlag sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.
Tagesordnung: Rednngsgegenstände, Vertrag mit Nicaragua, Revisionen.
Schluß 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 3. Dezember. Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus. 7. Plenar-Sitzung vom 3. Dezember, 11 Uhr.

Eingegangen sind Dankantwortschreiben vom Kaiser und vom Prinzen Heinrich auf die Glückwünsche des Hauses aus Anlaß der Geburt des zweiten Sohnes Prinz Heinrichs.
Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen.
Regierungskommissar Generalsteuer-Direktor Burgard: Die finanzielle Bedeutung der Vorlage ist eine minimale; wichtiger ist die gewerbepolitische Bedeutung; es handelt sich um die Durchführung der neuen, in der Gewerbeordnungs-Novelle gegebenen reichsgerichtlichen Bestimmungen, durch welche dem sechsten mittleren Gewerbebetrieb entgegengekommen werden soll und welche dahin zielen, den Gewerbebetrieb im Umherziehen ebenso wie den Hausirhandel zu besteuern. Wir kommen in der Vorlage diesem Verlangen in der Reichsgesetzgebung nach, was um so nöthiger ist, als wir Gefahr laufen, die Konfirmer anderer Staaten zu uns einzuladen, wenn wir sie günstiger behandeln, als sie von andern Bundesstaaten behandelt werden.
Abg. v. G. v. n. (natl.): Die Vorlage steht zwar sehr klein und formlos aus, ist aber von großer prinzipieller Bedeutung; es spricht sich darin ein wichtiges Prinzip aus, dessen Tragweite wir nicht zu übersehen vermögen. Meine Freunde beantragen Vorberatung durch eine besondere Vierzehner-Kommission.
Abg. v. Brochhausen (konf.) hält eine Kommissionsberatung für überflüssig und wünscht den Steuerertrag für die Gemeinden. Die Nothwendigkeit, gewisse Reisende, die als die „Geldten der Nation“ bezeichnet worden sind, zu besteuern, ist gar nicht zu bestreiten.
Abg. Richter (frei. Vp.): Der Vorredner scheint die Reklamen mit den Johannitern zu verwechseln. Kommissionsberatung ist nöthig, da weite Kreise von der Vorlage doch überfordert sind und sich auf dieselbe erst einrichten müssen. Eine zwingende Nothwendigkeit ist die Vorlage nicht. Preußen geht voran und nöthigt damit die anderen Staaten, nachzufolgen. Geschädigt durch die Vorlage werden kleine Handwerker, Schneider, welche Befestungen nach Maß aufsuchen und Stoffe mit sich führen. Diese Leute werden benachtheiligt und die Kunden in die großen Bazarre getrieben. (Sehr richtig! links.) Eine solche wichtige Gesetzgebung schlemmt fertig zu machen, dazu liegt kein Grund vor. Mit dem Gesetze wird man eine große Anzahl von Vegetationen und Denunziationen hervorgerufen, aber keine Besserung für kleine Handwerker. (Beifall links.)
Abg. Kirck (Ztr.) glaubt die Vorlage ohne Kommissionsberatung annehmen zu können. Ueber den materiellen Inhalt derselben hat der Reichstag entschieden.
Abg. v. G. v. n. (natl.): Wenn man die Kommissionsberatung ablehnt, so werde ich gegen die Vorlage stimmen.
Abg. Bröse (L.) verteidigt die Vorlage materiell und hält Kommissionsberatung für entbehrlich.
Die Kommissionsberatung wird abgelehnt.
Es folgt die zweite Lesung der Konvertirungsvorlage.
Abg. Kirck (Ztr.) beantragt als Referent der Budget-Kommission die unveränderte Annahme der Vorlage.
Abg. Schmidt-Barburg (Ztr.) behauptet, daß man auf die Interessen der kleinen Leute, namentlich auf die kleinen Beamten, die in 4-prozentigen Konfols ihre Rationen hinterlegt haben, so wenig Rücksicht genommen hat.
Abg. v. Tiedemann-Domst (fr.): Diese Vorwürfe sind unbegründet, so lange der Vorredner keinen positiven Vorschlag machen kann.
Abg. Richter (fr. Vp.) bekämpft die im § 10 festgesetzte Zinsgarantie für die konvertirten Obligationen bis 1905. Mit dieser Bestimmung verbunden man wahrscheinlich eine jährliche Ersparnis von 18 Millionen im preussischen Budget. Außerdem würden von einer weiteren Zinsherabsetzung keine kleinen Leute betroffen, sondern sehr wohlhabende Personen. Redner will gegen den ganzen § 10 stimmen und beantragt, event. die Garantiefest auf fünf Jahre herabzusetzen.
Abg. Dr. A. v. n. (fr.) würde es zwar auch lieber sehen, wenn die Schutzzeit wegfiel, allein da sie nun einmal aufgenommen sei, so würde die Streichung neue Beunruhigung erzeugen. Er wird für die unveränderte Vorlage stimmen.
In der weiteren Debatte sprechen sich die Abg. Richter (frei. Vp.), v. n. (natl.) und Richter für, Abg. Kirck (konf.) gegen den Antrag Richter aus, der hierauf mit geringer Mehrheit (die Konvertirten größtentheils, die Freikonvertirten, das Zentrum und ein Theil der Nationaliberalen) abgelehnt wird.
Der Rest des Gesetzes wurde debattelos erledigt. Auf der Tagesordnung steht noch die Vorlage betr. den Erwerb der heffischen Ludwigsbahn mit dem zugehörigen Nachtragsetat in zweiter Lesung.
Die Kommission beantragt unveränderte Annahme der Vorlage, die denn auch fast debattelos erledigt.
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.
Tagesordnung: 2. Lesung der Hausirsteuer-Novelle, 3. Lesung der Konvertirungs- und der Ludwigsbahnvorlage, Antrag Schendendorff (natl.) betr. Fortbildungsschulen.
Schluß 2 1/2 Uhr.

über die Präzipualleistungen der Fabriken zu Begehren für Sachsen stammt aus dem Jahre 1887, für Württemberg aus dem Jahre 1888, für die Rheinprovinz und Schlesien aus dem Jahre 1889. Dem schließlichen Gesetze ist das pommerische wörtlich nachgebildet. Die früheren weisen nur insofern von diesem Wortlaut eine Verschiedenheit auf, als bezüglich der Entscheidung in Ermangelung gültiger Vereinbarung die Instanzen anders aufgezählt sind. Die neuere Fassung hat sich als zweckmäßiger erwiesen. Im Uebrigen waren es gerade die Provinziallandtage der industriereichen Provinzen, in denen die Vertreter der Industrie, Bergwerke und Städte für eine solche gesetzliche Regelung eingetreten waren. Es ist denn auch anzunehmen, daß der Gesetzentwurf für Pommern, nachdem ihn der Provinziallandtag befürwortet hat, ohne jede Schwierigkeit zur Verabschiedung kommen wird. Die Entwürfe sind durchweg zuerst dem Herrenhause unterbreitet worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Dezember. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses berieht die Vorlage über das provisorische Steuergesetz und nahm sie unverändert an.

Frankreich.

Paris, 1. Dezember. Einem Korrespondenten zufolge, den der „Intranseant“ in Madagaskar hat, würde der General Gallieni selbst die Hand dazu bieten, daß das von den Klammern beschlossene Gesetz, das die Sklaverei abschafft, todtbornig bleibe. Zwar ist es im französischen Text in dem „Amtsblatt von Madagaskar“ erschienen, und hat der Oberbefehlshaber in seinem Auftrage an die Beauftragten erklärt, „es wolle für Alle das gleiche Recht, wie die Abschaffung der Sklaverei beweist“; dann aber soll er den Premierminister Mainmabinasch zu sich beschließen und ihm befohlen haben, an die Gouverneurs der Provinzen ein vertrauliches Rundschreiben zu richten, das so lautet:

Tananarivo, 29. September 1896.
„Ihr habt das Amtsblatt vom 27. September erhalten. Ihr habt den Erlaß gesehen, der auf die Sklavenenemancipation Bezug hat, und auch als Maueranschlag auf großen Wällen verbreiten lassen. Das muß das Volk überflüssig haben. Ihr werdet wohlwollen, es zu Veranlassungen einzubringen und ihm zu raten, es solle sich nicht unnütz aufregen, denn der Beschluß von der Sklavenenemancipation ist bei den Europäern nur eine äußere Formel, die in Madagaskar nichts bedeuten will. In Wahrheit sollen die Sklaven ihre Herren nicht verlassen und ist an unserer Gesetzgebung nichts geändert. Macht über das Königthum und lebt glücklich.“

Madagaskar frohlockt: Da sieht man wieder, wie die Sklaverei den dümmen Willkür von Abgeordneten mißbraucht! Jedermann wird geachtet, sobald die Militärherrschaft irgendwo eingeführt wird. Der poppy General Gallieni die Sklaven auf Madagaskar, denen die Freiheit verweigert wird, und zugleich die Franzosen und ihre Abgeordneten, denen man den Vöthen aufbindet, der Sklavenhandel und die Sklaverei seien auf der Insel abgeschafft.

Paris, 3. Dezember. Die gesamte Presse tritt für die von Lothar geforderten außerordentlichen Kredite für Marine-Konstruktionen ein.

Paris, 3. Dezember. Wie verlautet, werden demnächst vor dem Justizpolizei-Gericht in Epinal ein Schiffbauingenieur und zwei General-Inspizektoren erscheinen, denen die Verantwortung für die Dammbruchkatastrophe in Bonzig beigemessen wird.

Paris, 3. Dezember. Die Väter sprechen die Ansicht aus, das Urtheil des Appellationshofes in Alexandria in Sachen der ägyptischen Schuld erschüttere beträchtlich den Einfluß Englands in Egypten und beschleunige die Lösung der Nammingsfrage.

Italien.

Rom, 2. Dezember. Deputirtenkammer. Der von der Regierung nicht gebilligte Antrag Aubertin-Agnini, in 8 Tagen über das Aufgeben der Ertrichra zu verhandeln, wird mit 148 gegen 26 Stimmen, bei 53 Stimmenthaltungen, abgelehnt. Vor der Abstimmung hatte der frühere Minister di Serranona erklärt, er werde für die Regierung stimmen, behalte sich aber vor, im geeigneten Augenblick einen Antrag auf Aufgeben der afrikanischen Kolonie zu stellen.

England.

London, 2. Dezember. In Südwales und Monmouthshire wird wahrscheinlich eine ausgedehnte Vereinigung der Kohleninteressenten zu Stande kommen, welche die Preise auf eine lohnende Höhe bringen und unbilligen Wettbewerb verhindern soll. Der Plan ist von dem Verein der Kohlenbesitzer einstimmig gutgeheißen worden, unter der Voraussetzung, daß die dem Verein nicht angehörenden Gruben sich der Abmachung anschließen.

Türkei.

Philippopolis, 3. Dezember. Nach Berichten aus Konstantinopel sind die in der letzten Zeit beauftragten Oberbeamten der Artillerie-Großmeisterei nach Konstantinopel und Scheit Ralli nach Tripolis verbannt worden.

Amerika.

Manila, 2. Dezember. Die Aufständischen wurden bei Morong von den Spaniern geschlagen und verloren etwa 70 Tode. Der Prozeß gegen 60 Hauptanführer der Erhebung ist zu Ende gegangen. Das Urtheil wird unmittelbar erwartet.

Stadtverordneten-Versammlung vom 3. Dezember.

Ueber die städtischen Stadtverordneten = Ergänzungs- und Ersatzwahlen berichtet für das Bureau Herr Kurz. Derselbe theilt mit, daß die Wahlen unter Beobachtung der in der Städteordnung gegebenen Vorschriften erfolgt und Proteste nirgend eingegangen sind. Referent bittet daher, die Gültigkeit der Wahlen auszusprechen. Herr Dr. Kollisch führt Frage über mangelhafte Anlage der Wählerlisten, dieselben wären zwar jetzt richtig vollständig, jedoch selten ein Wähler das Wahlrecht dadurch verlor, daß er

[illegible]

